

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1996

Ausgegeben am 31. Oktober 1996

189. Stück

-
582. Kundmachung: Kündigung des Handelsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Uruguay
583. Kundmachung: Kündigung des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Republik Bolivien über Meistbegünstigung
584. Kundmachung: Kündigung des Handelsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung von Ceylon
585. Kundmachung: Kündigung des Handelsabkommens zwischen der Republik Österreich und der Republik Costa Rica
586. Kundmachung: Kündigung des Handelsabkommens zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Kamerun
587. Kundmachung: Kündigung des Handelsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Algerien
588. Kundmachung: Kündigung des Handels- und Zahlungsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Tunesien
589. Kundmachung: Kündigung des Handels- und Zahlungsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik
590. Kundmachung: Kündigung des Handelsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Philippinen
591. Kundmachung: Kündigung des Handels- und Zahlungsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam
592. Kundmachung: Kündigung des Handels- und Zahlungsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und dem Exekutivrat der Republik Zaire
593. Kündigung von Handelsabkommen mit Ecuador, El Salvador und Guatemala sowie eines Abkommens über die Gewährung begünstigter Zollsätze mit Ungarn (NR: GP XX RV 107 AB 243 S. 36. BR: AB 5259 S. 616.)
594. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien über die Benützung zweier Teile des slowenischen Staatsgebietes im Bereich des Skigebietes „Dreiländereck“ (NR: GP XX RV 8 AB 35 S. 8. BR: AB 5143 S. 610.)
595. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien über Entwicklungszusammenarbeit
-

582. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die Kündigung des Handelsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Uruguay

Gemäß § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht:

Das am 26. Februar 1953 unterzeichnete Handelsabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Uruguay wurde gemäß der vereinbarten Regelung durch Österreich mit Schreiben vom 25. Juni 1996 mit Wirkung zum 15. Dezember 1996 gekündigt.

Vranitzky

583. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die Kündigung des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Republik Bolivien über Meistbegünstigung

Gemäß § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht:

Das am 1. Oktober 1953 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Republik Bolivien über Meistbegünstigung wurde gemäß seinem Artikel 4 durch Österreich mit Schreiben vom 3. Juli 1996 mit Wirkung zum 30. September 1997 gekündigt.

Vranitzky

584. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die Kündigung des Handelsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung von Ceylon

Gemäß § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht:

Das am 11. November 1958 unterzeichnete Handelsabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung von Ceylon wurde gemäß der vereinbarten Regelung durch Österreich mit Schreiben vom 25. Juni 1996 mit Wirkung zum 11. November 1996 gekündigt.

Vranitzky

585. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die Kündigung des Handelsabkommens zwischen der Republik Österreich und der Republik Costa Rica

Gemäß § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht:

Das am 29. März 1960 unterzeichnete Handelsabkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Costa Rica wurde gemäß der vereinbarten Regelung durch Österreich mit Schreiben vom 25. Juni 1996 mit Wirkung zum 1. Oktober 1996 gekündigt.

Vranitzky

586. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die Kündigung des Handelsabkommens zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Kamerun

Gemäß § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht:

Das am 15. Oktober 1962 unterzeichnete Handelsabkommen zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Kamerun wurde gemäß seinem Artikel 6 durch Österreich mit Schreiben vom 3. Juli 1996 mit Wirkung zum 4. Oktober 1997 gekündigt.

Vranitzky

587. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die Kündigung des Handelsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Algerien

Gemäß § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht:

Das am 2. Juli 1974 unterzeichnete Handelsabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Algerien wurde gemäß der vereinbarten Regelung durch Österreich mit Schreiben vom 25. Juni 1996 mit Wirkung zum 31. Oktober 1996 gekündigt.

Vranitzky

588. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die Kündigung des Handels- und Zahlungsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Tunesien

Gemäß § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht:

Das am 25. Mai 1976 unterzeichnete Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Tunesien wurde gemäß seinem Artikel 10 durch Österreich mit Schreiben vom 3. Juli 1996 mit Wirkung zum 23. Juli 1997 gekündigt.

Vranitzky

589. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die Kündigung des Handels- und Zahlungsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik

Gemäß § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht:

Das am 27. November 1978 unterzeichnete Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik (BGBl. Nr. 44/1979) wurde gemäß der vereinbarten Regelung durch Österreich mit Schreiben vom 25. Juni 1996 mit Wirkung zum 31. Dezember 1996 gekündigt.

Vranitzky

590. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die Kündigung des Handelsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Philippinen

Gemäß § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht:

Das am 20. Februar 1979 unterzeichnete Handelsabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Philippinen (BGBl. Nr. 74/1980) wurde gemäß seinem Artikel 11 durch Österreich mit Schreiben vom 3. Juli 1996 mit Wirkung zum 28. Februar 1997 gekündigt.

Vranitzky

591. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die Kündigung des Handels- und Zahlungsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam

Gemäß § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht:

Das am 21. April 1980 unterzeichnete Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam (BGBl. Nr. 235/1980) wurde gemäß der vereinbarten Regelung durch Österreich mit Schreiben vom 25. Juni 1996 mit Wirkung zum 31. Dezember 1996 gekündigt.

Vranitzky

592. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die Kündigung des Handels- und Zahlungsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und dem Exekutivrat der Republik Zaire

Gemäß § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht:

Das am 4. März 1985 unterzeichnete Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und dem Exekutivrat der Republik Zaire (BGBl. Nr. 142/1985) wurde gemäß seinem Art. 9 Abs. 2 durch Österreich mit Schreiben vom 18. September 1996 mit Wirkung zum 18. Dezember 1996 gekündigt.

Vranitzky

593.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Die nachstehende Kündigung wird genehmigt.

Kündigung von Handelsabkommen mit Ecuador, El Salvador und Guatemala sowie eines Abkommens über die Gewährung begünstigter Zollsätze mit Ungarn

REPUBLIK ÖSTERREICH
Der Bundesminister
für auswärtige Angelegenheiten
Dr. Wolfgang Schüssel
Wien, am 18. September 1996
GZ 2355.90/1279-I.2/96

Exzellenz,

Ich beehre mich mitzuteilen, daß mit seinem Beitritt zur Europäischen Union am 1. Jänner 1995 Österreich deren Rechtsbestand übernommen hat. Österreich ist daher verpflichtet, jene zwischenstaatlichen Verträge, die mit diesem Rechtsbestand nicht vereinbar sind, in ihrer Geltung zu beenden. Die von solchen Verträgen geregelten Bereiche fallen nunmehr in die Zuständigkeit der Europäischen Union.

Ich beehre mich daher mitzuteilen, daß die Regierung der Republik Österreich das Handelsabkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Ecuador *) vom 28. März 1969 hiermit gemäß seinem Artikel VIII Absatz 2 mit Wirkung zum 3. Mai 1997, dh. dem Enddatum der derzeit aktuellen Verlängerung seiner Geltungsdauer, aufkündigt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Schüssel m. p.

S. E.
Herrn Botschafter
Jaime MARCHAN
Botschaft der Republik Ecuador
Goldschmiedgasse 10/2/24
1010 Wien

REPUBLIK ÖSTERREICH
Der Bundesminister
für auswärtige Angelegenheiten
Dr. Wolfgang Schüssel
Wien, am 18. September 1996
GZ 2355.90/1279-I.2/96

Exzellenz,

Ich beehre mich mitzuteilen, daß mit seinem Beitritt zur Europäischen Union am 1. Jänner 1995 Österreich deren Rechtsbestand übernommen hat. Österreich ist daher verpflichtet, jene zwischenstaatlichen Verträge, die mit diesem Rechtsbestand nicht vereinbar sind, in ihrer Geltung zu beenden. Die von solchen Verträgen geregelten Bereiche fallen nunmehr in die Zuständigkeit der Europäischen Union.

Ich beehre mich daher mitzuteilen, daß die Regierung der Republik Österreich das Handelsabkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik El Salvador **) vom 23. März 1960 hiermit gemäß seinem Artikel VII Absatz 2 mit Wirkung zum 31. Dezember 1996 aufkündigt.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 121/1971

**) Kundgemacht in BGBl. Nr. 84/1961

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Schüssel m. p.

S. E.
Herrn Botschafter
Dr. José SAGUER-SAPRISSA
Botschaft der Republik El Salvador
Adenauerallee 238
D-53113 Bonn

REPUBLIK ÖSTERREICH
Der Bundesminister
für auswärtige Angelegenheiten
Dr. Wolfgang Schüssel
Wien, am 18. September 1996
GZ 2355.90/1279-I.2/96

Exzellenz,

Ich beehre mich mitzuteilen, daß mit seinem Beitritt zur Europäischen Union am 1. Jänner 1995 Österreich deren Rechtsbestand übernommen hat. Österreich ist daher verpflichtet, jene zwischenstaatlichen Verträge, die mit diesem Rechtsbestand nicht vereinbar sind, in ihrer Geltung zu beenden. Die von solchen Verträgen geregelten Bereiche fallen nunmehr in die Zuständigkeit der Europäischen Union.

Ich beehre mich daher mitzuteilen, daß die Regierung der Republik Österreich das Handelsabkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Guatemala *) vom 18. März 1960 hiermit gemäß seinem Artikel VII Absatz 2 mit Wirkung zum 31. Dezember 1996 aufkündigt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Schüssel m. p.

S. E.
Herrn Botschafter
Mario Juarez TOLEDO
Botschaft der Republik Guatemala
Salesianergasse 25/1/5
1030 Wien

REPUBLIK ÖSTERREICH
Der Bundesminister
für auswärtige Angelegenheiten
Dr. Wolfgang Schüssel
Wien, am 18. September 1996
GZ 2355.90/1279-I.2/96

Exzellenz,

Ich beehre mich mitzuteilen, daß mit seinem Beitritt zur Europäischen Union am 1. Jänner 1995 Österreich deren Rechtsbestand übernommen hat. Österreich ist daher verpflichtet, jene zwischenstaatlichen Verträge, die mit diesem Rechtsbestand nicht vereinbar sind, in ihrer Geltung zu beenden. Die von solchen Verträgen geregelten Bereiche fallen nunmehr in die Zuständigkeit der Europäischen Union.

Ich beehre mich daher mitzuteilen, daß die Regierung der Republik Österreich das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Ungarn über die Gewährung begünstigter Zollsätze **) vom 27. November 1968 hiermit gemäß seinem Artikel 3 mit Wirkung zum 31. Dezember 1996 aufkündigt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Schüssel m. p.

S. E.
Herrn Botschafter
Dr. Sandor PEISCH
Botschaft der Republik Ungarn
Bankgasse 4–6
1010 Wien

Die Kündigungsschreiben wurden am 23. September 1996 übermittelt.

Vranitzky

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 67/1961

**) Kundgemacht in BGBl. Nr. 261/1969

594.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

ABKOMMEN**ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK SLOWENIEN
ÜBER DIE BENÜTZUNG ZWEIER TEILE DES SLOWENISCHEN STAATS-
GEBIETES IM BEREICH DES SKIGEBIETES „DREILÄNDERECK“**

Die Republik Österreich und die Republik Slowenien haben in dem Bestreben, im Geiste der gut-nachbarlichen Beziehungen den Wintersport im Bereich des Skigebietes „Dreiländereck“ zu fördern sowie den Grenzübergang in diesem Gebiet zu erleichtern, folgendes vereinbart:

Artikel 1**Örtlicher Geltungsbereich**

Das Abkommen erstreckt sich auf die folgenden Teile des slowenischen Staatsgebietes im Bereich des Skigebietes „Dreiländereck“:

- a) eine Zone zwischen den Grenzzeichen 264 und 268 des Grenzabschnitts XXVII der Staatsgrenze und
- b) eine Zone zwischen den Grenzzeichen 273 und 281 des Grenzabschnitts XXVII der Staatsgrenze.

/. Diese Zonen sind in der als Anlage beigeschlossenen planlichen Darstellung, die einen Bestandteil dieses Abkommens bildet, ersichtlich gemacht. Sie werden in der Folge als „Gebietsteile“ bezeichnet.

Artikel 2**Maßgebliche Rechtsordnung und Befugnisse**

(1) In den Gebietsteilen gilt die slowenische Rechtsordnung.

(2) Für Unfälle und Zwischenfälle in den Gebietsteilen sind die slowenischen Behörden zuständig, jedoch dürfen österreichische Zollorgane und Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes, Ärzte, Sanitäter und sonstige Rettungsmannschaften sowie Feuerwehren auch mit den entsprechenden Fahrzeugen und Hubschraubern die Gebietsteile ohne Voranmeldung und ohne Reisedokumente betreten, um verletzte, erkrankte oder tödlich verunglückte Personen auf österreichisches Staatsgebiet zu befördern sowie erste Hilfe zu leisten, ferner die Gebietsteile ohne Grenzkontrolle wieder verlassen.

(3) Die slowenischen Organe, die für den Schutz der Staatsgrenze zuständig sind, können die Identität von Personen, die die Staatsgrenze überschreiten, überprüfen sowie die Einhaltung der Bestimmungen dieses Abkommens kontrollieren.

Artikel 3**Ausstattung der Gebietsteile**

(1) Alle mit der Ausstattung der Gebietsteile zusammenhängenden Fragen (wie zB die Errichtung von Drahtseilbahnen samt dazugehörigen Gebäuden und Anlagen und deren Benützung sowie die Durchführung der erforderlichen Arbeiten) werden durch gesonderte Vereinbarungen zwischen dem Betreiber des Skigebietes einerseits und den zuständigen slowenischen Behörden bzw. den slowenischen Grundeigentümern andererseits geregelt.

(2) Die Gebietsteile sind durch deutlich erkennbare Schilder mit zweisprachigen Aufschriften nach der slowenischen Seite hin abzugrenzen.

Artikel 4**Benützung der Gebietsteile**

(1) Benützer des Skigebietes, die österreichische oder slowenische Staatsbürger sind oder Staatsangehörige von Drittstaaten, die weder in der Republik Österreich noch in der Republik Slowenien der Sichtvermerkplicht unterliegen, dürfen zur Ausübung des Wintersports in der Zeit vom 15. November bis 15. April von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang die Staatsgrenze zwischen den Grenzzeichen XXVII/264 und XXVII/268 sowie XXVII/273 und XXVII/281 überschreiten. Sie müssen einen Personalausweis oder ein anderes amtlich ausgestelltes, mit Lichtbild versehenes Identitätsdokument mit sich führen.

(2) Österreichische Staatsbürger und die Staatsangehörigen von Drittstaaten nach Absatz 1 dürfen sich zu diesem Zweck in den Gebietsteilen aufhalten; sie sind jedoch nicht berechtigt, sich über die Abgrenzungen gemäß Artikel 3 Absatz 2 hinaus auf slowenisches Staatsgebiet zu begeben.

(3) Im Skigebiet beschäftigten Personen ist der Übertritt der Staatsgrenze ganzjährig gestattet, falls dies wegen Arbeiten an Gebäuden und Anlagen gemäß Artikel 3 erforderlich ist. Sie müssen dabei einen Personalausweis oder ein anderes amtlich ausgestelltes, mit Lichtbild versehenes Identitätsdokument mit sich führen und diese den zuständigen slowenischen Organen auf deren Verlangen vorweisen.

Artikel 5

Mitnahme von Gegenständen

(1) Die Benutzer der Gebietsteile dürfen nur Gegenstände für ihren persönlichen Gebrauch sowie die übliche Wintersportausrüstung mit sich führen. Personen gemäß Artikel 2 Absatz 2 und gemäß Artikel 4 Absatz 3 dürfen auch die für die Ausübung ihrer Funktionen erforderlichen Fahrzeuge, Ausrüstungen, Geräte und Instrumente mitführen.

(2) Die Mitnahme anderer Gegenstände über die Staatsgrenze ist verboten. Ausgenommen hiervon sind Dienstwaffen der Zollorgane und der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes, deren Gebrauch jedoch untersagt ist, und Sprengmittel, die von hiezu befugten Personen gemäß Artikel 4 Absatz 3 mitgeführt werden dürfen.

(3) Die zulässigerweise mitgeführten Gegenstände bleiben frei von Zöllen, Gebühren und sonstigen Abgaben beider Vertragsstaaten.

Artikel 6

Vorübergehende Aussetzung des Abkommens

Jeder Vertragsstaat kann die Anwendung dieses Abkommens aus Gründen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sowie wegen des Auftretens ansteckender Krankheiten oder Seuchen in benachbarten Gebieten des anderen Vertragsstaates vorübergehend aussetzen. Der andere Vertragsstaat ist hierüber auf diplomatischem Wege unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

Artikel 7

Beilegung von Streitfällen

Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten hinsichtlich der Auslegung oder Durchführung dieses Abkommens sind den Vorsitzenden der beiden Delegationen zu der gemäß Artikel 21 des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien über den Kleinen Grenzverkehr *) in der jeweils geltenden Fassung gebildeten Gemischten Kommission zur weiteren Behandlung vorzulegen.

Artikel 8

Schlußbestimmungen

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsstaaten einander auf diplomatischem Wege schriftlich mitteilen, daß die jeweiligen hiefür erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt werden.

Geschehen zu Wien, am 21. September 1995, in zwei Urschriften in deutscher und slowenischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Dr. Helga Winkler-Campagna

Für die Republik Slowenien:

Dr. Katja Boh

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 379/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 143/1996

SPORAZUM
MED REPUBLIKO AVSTRIJO IN REPUBLIKO SLOVENIJO O UPORABI DVEH
DELOV SLOVENSKEGA DRŽAVNEGA OZEMLJA NA OBMOČJU SMUČIŠČA
« TROMEJA »

Republika Avstrija in Republika Slovenija sta se v prizadevanju, da bi v duhu dobrososedskih odnosov pospeševali zimski šport v območju smučišča « Tromeja » in olajšali prehajanje čez mejo v tem območju, sporazumeli o naslednjem:

1. člen

Območje veljavnosti

Sporazum zajema naslednja dela slovenskega ozemlja na območju smučišča « Tromeja »:

- a) območje med mejnima znakoma 264 in 268 XXVII. mejne sekcije državne meje in
- b) območje med mejnima znakoma 273 in 281 XXVII. mejne sekcije državne meje.

%. Ti območji sta vrisani v priloženem prikazu v obliki načrta, ki je sestavni del tega sporazuma. V nadaljevanju se imenujeta « dela ozemlja ».

2. člen

Veljavni pravni red in pristojnosti

1. Na delih ozemlja velja slovenski pravni red.

2. Za nesreče in incidente na delih ozemlja so pristojni slovenski organi, vendar smejo avstrijski carinski organi in organi javne varnosti, zdravniki, sanitetno in ostalo reševalno osebje ter gasilske službe, tudi z ustreznimi reševalnimi vozili in helikopterji, vstopiti na dela ozemlja brez predhodne najave in brez potnih listin zaradi prevoza ponesrečenih, obolelih ali smrtno ponesrečenih oseb na avstrijsko ozemlje ali zaradi prve pomoči; prav tako smejo ponovno zapustiti to ozemlje brez mejne kontrole.

3. Slovenski organi, pristojni za varovanje državne meje, lahko opravljajo kontrolo istovetnosti oseb, ki prestopajo državno mejo, in kontrolo izpolnjevanja določil tega sporazuma.

3. člen

Ureditev delov ozemlja

1. Vsa vprašanja v zvezi z opremljanjem delov ozemlja (npr. gradnjo žižnic z ustreznimi objekti in napravami in njihovo uporabo ter izvajanjem potrebnih del) se uredijo s posebnimi dogovori med upravljavcem smučišča na eni strani in pristojnimi slovenskimi organi oziroma slovenskimi lastniki zemljišč na drugi strani.

2. Dela ozemlja se od ostalega slovenskega ozemlja razmejita z jasno prepoznavnimi tablami z dvojezičnimi napisi.

4. člen

Uporaba delov ozemlja

1. Uporabniki smučišča, ki so avstrijski ali slovenski državljani, ali državljani tretjih držav, ki niso obvezani imeti vizuma ne za Republiko Avstrijo, ne za Republiko Slovenijo, smejo pri izvajanju zimskošportnih aktivnosti od 15. novembra do 15. aprila od sončnega vzhoda do zahoda prestopati državno mejo med mejnimi znaki XXVII/264 in XXVII/268 ter XXVII/273 in XXVII/281. Pri sebi morajo imeti osebno izkaznico oziroma drug uradno izdan dokument o istovetnosti s fotografijo.

2. Avstrijski državljani in državljani tretjih držav iz prvega odstavka se v ta namen lahko zadržujejo v delih ozemlja; niso pa upravičeni prestopiti razmejitve po drugem odstavku 3. člena in se podat naprej na slovensko državno ozemlje.

3. Zaposleni na smučišču smejo prestopati državno mejo celo leto, če je to potrebno zaradi del na objektih in napravah iz 3. člena. Pri sebi morajo imeti osebno izkaznico oziroma drug uradno izdan dokument o istovetnosti s fotografijo in ga morajo na zahtevo pokazati pristojnim slovenskim organom.

5. člen

Prenašanje predmetov

1. Uporabniki delov ozemlja smejo imeti pri sebi le predmete za svojo osebno uporabo ter običajno zimskošportno opremo. Osebe iz drugega odstavka 2. člena in tretjega odstavka 4. člena smejo imeti s seboj tudi vozila, opremo, orodje in inštrumente, ki jih potrebujejo za opravljanje svojega dela.

2. Prepovedano je prenašanje drugih predmetov čez državno mejo. Izjema so službeno orožje carinskih organov in organov javne varnosti, ki pa se ne sme uporabiti, in eksplozivi, ki jih lahko prenašajo za to pooblaščen osebe iz tretjega odstavka 4. člena.

3. Predmeti, ki se smejo prenašati čez mejo, so oproščeni plačila carine ter drugih dajatev in pristojbin držav pogodbenic.

6. člen

Začasna prekinitev sporazuma

Vsaka pogodbenica lahko začasno prekine uporabo tega sporazuma zaradi javnega reda in varnosti ali zaradi nalezljivih bolezní ali epidemij v sosednjih območjih druge države pogodbenice. O tem mora po diplomatski poti takoj obvestiti drugo državo pogodbenico.

7. člen

Reševanje sporov

Razhajanja in spori glede razlage ali izvajanja tega sporazuma se bodo predložili v nadaljnji postopek predsednikoma obeh delegacij mešane komisije, imenovane po 21. členu Sporazuma med Republiko Avstrijo in Republiko Slovenijo o obmejnem prometu v veljavnem besedilu.

8. člen

Končne določbe

1. Sporazum začne veljati prvi dan tretjega meseca po mesecu, v katerem sta se državi pogodbenici po diplomatski poti pisno obvestili, da so izpolnjeni njihovi notranjepravni pogoji, potrebni za uveljavitev sporazuma.

2. Ta sporazum se sklene za nedoločen čas. Lahko se pisno odpove po diplomatski poti ob upoštevanju tromesečnega odpovednega roka.

Sestavljeno na Dunaju, dne 21. septembra 1995 v dveh izvornikih, v nemškem in slovenskem jeziku; besedili sta enako verodostojni.

Za Republiko Avstrijo:

Dr. Helga Winkler-Campagna

Za Republiko Slovenijo:

Dr. Katja Boh

Die Mitteilungen gemäß Art. 8 Abs. 1 des Abkommens wurden am 17. Juni bzw. 26. August 1996 abgegeben; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 8 Abs. 1 mit 1. November 1996 in Kraft.

Vranitzky

595.**ABKOMMEN****ZWISCHEN DER ÖSTERREICHISCHEN BUNDESREGIERUNG UND DER REGIERUNG DER DEMOKRATISCHEN BUNDESREPUBLIK ÄTHIOPIEN ÜBER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT**

Die Regierung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien und die Österreichische Bundesregierung,

in Anbetracht des gegenseitigen Nutzens, der sich aus einer engeren Zusammenarbeit im Hinblick auf die Förderung der technischen, finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen, wissenschaftlichen und kulturellen Entwicklung ergeben würde,

in dem Bestreben, die zwischen den beiden Ländern bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu verstärken,

sind wie folgt übereingekommen:

I. Allgemeine Bestimmungen**Artikel 1**

1. Im Rahmen dieses Abkommens unterstützt die österreichische Bundesregierung Entwicklungsprogramme und -projekte in Äthiopien durch konkrete Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit.

2. Die Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit werden auf Grund von Nebenabreden, auf die sich beide Seiten einigen, realisiert. Die Nebenabreden folgen den Bestimmungen dieses Abkommens.

3. Die Entwicklungszusammenarbeit umfaßt ua. folgende Bereiche:

- a) die Bereitstellung österreichischer Fachkräfte;
- b) Zurverfügungstellung von Material und Geldmitteln;
- c) die Unterstützung von Ausbildungseinrichtungen und -programmen für äthiopische Fachkräfte in Österreich, in Äthiopien oder, vorbehaltlich von Nebenabreden, in Drittländern;
- d) die Vorbereitung und Umsetzung von Durchführbarkeitsstudien sowie die Durchführung von Forschungsaktivitäten an gemeinsam vereinbarten Orten;
- e) die finanzielle Unterstützung der Aktivitäten nichtstaatlicher Entwicklungsorganisationen;
- f) die finanzielle Unterstützung von Wirtschaftsprojekten;
- g) jede andere von den beiden Vertragsparteien vereinbarte Zusammenarbeit zur Förderung der finanziellen, technischen, wirtschaftlichen, sozialen, wissenschaftlichen oder kulturellen Entwicklung.

4. Die Richtlinien und allgemeinen Bedingungen für die Teilnahme an Schulungsprogrammen in Österreich werden der äthiopischen Seite auf diplomatischem Wege bekanntgegeben.

Artikel 2

Die Zusammenarbeit zwischen der österreichischen Bundesregierung und der äthiopischen Regierung beruht auf der beiderseitigen Achtung der demokratischen Grundsätze, der Rechtsstaatlichkeit sowie des Schutzes und der Förderung der Menschenrechte.

II. Bestimmungen betreffend die österreichischen Fachkräfte**Artikel 3****Die Aufgaben der Fachkräfte**

1. Die Aufgaben der Fachkräfte innerhalb der speziellen Programme und Projekte werden gegebenenfalls im Rahmen einer in Artikel 1 Absatz 2 genannten Nebenabrede geregelt.

2. Gemäß der in Artikel 1 Absatz 2 genannten Nebenabrede schließt die österreichische Seite mit österreichischen Fachkräften Verträge nach österreichischem Recht.

3. Im Rahmen der in Absatz 2 dieses Artikels genannten Verträge verpflichtet sich die österreichische Seite, die österreichischen Fachkräfte darauf hinzuweisen, daß sie während ihres Einsatzes in Äthiopien

- a) die Gesetze Äthopiens beachten müssen und sich insbesondere nicht an politischen Aktivitäten, die die inneren Angelegenheiten Äthopiens betreffen, beteiligen und

b) keine auf Gewinn gerichtete Tätigkeit ausüben dürfen.

4. Die Vertragsparteien erklären hiermit, österreichische Fachkräfte für keine anderen Dienstleistungen außer den vereinbarten heranzuziehen.

5. Jede Seite kann jederzeit den Einsatz einer österreichischen Fachkraft für beendet erklären, wenn sie die Aktivitäten der Fachkraft für unvereinbar mit den Erfordernissen ihres Einsatzes erachtet. Vor einer solchen Entscheidung setzt eine Seite die andere auf diplomatischem Wege schriftlich und unter Angabe von Gründen über die beabsichtigte Maßnahme in Kenntnis.

Artikel 4

Verpflichtungen der österreichischen Regierung

Im Zusammenhang mit der Entsendung österreichischer Fachkräfte verpflichtet sich die österreichische Seite

1. zur Zahlung der Gehälter und anderer Bezüge sowie von Nebenleistungen und Sozialversicherungsbeiträgen;
2. zur Übernahme der Reisekosten der Fachkräfte und ihrer Familienangehörigen von Österreich nach Äthiopien und zurück;
3. zur Bezahlung der Speditionsgebühren für die Gegenstände des persönlichen Gebrauchs und etwaige berufliche Ausrüstungsgegenstände der österreichischen Fachkräfte und ihrer Familienangehörigen von Österreich nach Äthiopien und zurück;
4. zur Bezahlung der Reisekosten für den Heimaturlaub der Fachkräfte und ihrer Familienangehörigen gemäß ihrer Entsendungsverträge;
5. zur medizinischen, einschließlich spitalsmäßigen und zahnärztlichen Behandlung der österreichischen Fachkräfte und ihrer Familienangehörigen.

Artikel 5

Verpflichtungen der äthiopischen Regierung

Die äthiopische Seite verpflichtet sich gegenüber den österreichischen Fachkräften zur

1. Bereitstellung von entsprechendem Wohnraum oder, falls dies nicht möglich ist, zur Unterstützung bei der Suche nach einer geeigneten Unterkunft;
2. Beistellung von geeigneten möblierten Büroräumen;
3. Bereitstellung von notwendigem Fach- und Hilfspersonal mit ausreichenden Englischkenntnissen;
4. Bereitstellung der für Inlandsdienstreisen benötigten Transportmittel;
5. Befreiung von der Einkommensteuer und anderen direkten Steuern in bezug auf Gehälter und sonstige Bezüge;
6. Befreiung der Fachkräfte und ihrer Familienangehörigen von allen Steuern, Zöllen und ähnlichen Abgaben für die Gegenstände des persönlichen Gebrauchs, einschließlich eines Kraftfahrzeuges pro Familie, wenn diese innerhalb von sechs Monaten nach ihrer erstmaligen Ankunft in Äthiopien eingeführt werden, mit der Maßgabe, daß die eingeführten Güter zoll-, steuer- und abgabenfrei wiederausgeführt werden können oder den allgemeinen Zollbestimmungen unterliegen, falls sie im Inland an Personen verkauft werden, die keine ähnliche Befreiung genießen;
7. die rasche und kostenlose Ausstellung der für die Ein- und Ausreise erforderlichen Visa und Personalausweise für die Fachkräfte und ihre Familienangehörigen sowie der Reise- und Arbeitsgenehmigungen;
8. Genehmigung für die Eröffnung eines übertragbaren Birr-Kontos für Nichtansässige;
9. Vorkehrungen für die Anmeldung von Fahrzeugen, die für den persönlichen Gebrauch der Fachkräfte und ihrer Ausstellung nationaler Führerscheine für diese Personen oder die Verwendung internationaler Führerscheine sowie die Vergabe von Nummerntafeln für die Fahrzeuge gemäß den Vorschriften der äthiopischen Straßenverkehrsbehörde für im Rahmen technischer Hilfsprogramme durchgeführte Projekte;
10. Möglichkeiten für eine rasche und jederzeit durchführbare Rückführung der Fachkräfte und ihrer Familien nach Österreich, insbesondere bei unvorhergesehenen und unüberwindlichen nationalen oder internationalen Ereignissen oder Konflikten.

Artikel 6

Verpflichtungen der äthiopischen Regierung

1. Die äthiopische Regierung verpflichtet sich:

- (1) die österreichische Regierung in bezug auf jegliche Haftung, Klagen, Prozesse, Forderungen, Schadenersatzzahlungen oder Gebühren, die sich auf Grund eines Todesfalles, einer Verletzung, der Schädigung von Personen oder des Eigentums oder eines sonstigen Verlustes infolge oder im Zusammenhang mit einer Handlung oder Unterlassung seitens österreichischer Firmen, Organisationen oder Fachkräfte in Ausübung ihrer Tätigkeit nach diesem Abkommen ergeben, schadlos und klaglos zu halten.
- (2) die österreichischen Unternehmen, Organisationen und Fachkräfte außer in Fällen von vorsätzlichem Fehlverhalten, grober Fahrlässigkeit oder strafbarem Verhalten, schadlos und klaglos zu halten sowie sämtliche Risiken und Forderungen zu übernehmen, die infolge oder im Verlauf der Ausübung einer Tätigkeit im Rahmen dieses Abkommens entstehen, oder in anderer Form damit im Zusammenhang stehen, einschließlich mündlicher oder schriftlicher Äußerungen seitens dieser Einrichtungen und Fachkräfte in Durchführung ihrer Aufgaben. Das Vorliegen von vorsätzlichem Fehlverhalten, Fahrlässigkeit bzw. strafbaren Handlungen ist von äthiopischen Gerichten festzustellen.

2. Im Falle der Erfüllung einer Forderung gemäß Absatz 1 Ziffer 1 und Absatz 1 Ziffer 2 dieses Artikels durch die äthiopische Regierung, ist diese berechtigt, das Recht auf Aufrechnung, Gegenforderung, Versicherung, Schadenersatz, Beitragsleistung oder Garantie, das der österreichischen Regierung, dem Unternehmen, der Organisation oder den Fachkräften aus Österreich zusteht, geltend zu machen und durchzusetzen.

3. Im Falle einer Festnahme oder Anhaltung, aus welchem Grund auch immer, oder der Einleitung eines Strafverfahrens gegen eine österreichische Fachkraft oder einen ihrer Familienangehörigen sind die zuständigen äthiopischen Behörden um eine möglichst rasche Erledigung der Angelegenheiten bemüht.

III. Material und Ausrüstung

Artikel 7

Material, Ausrüstungsgegenstände und Fahrzeuge, die zur Umsetzung der in Artikel 1 Absatz 3 genannten gemeinsamen Programme und Projekte nach Äthiopien gebracht werden, sind von sämtlichen Zollgebühren, Abgaben, Steuern und sonstigen Gebühren befreit.

IV. Zollabfertigung, Binnentransport und Versicherung

Artikel 8

1. Die österreichische Regierung verpflichtet sich zur Übernahme der Kosten für die Löschung, Lagerung, Umladung und Beförderung, Haftpflichtversicherung, Versicherung gegen Feuer, Diebstahl und Verluste bzw. Transportschäden der in Artikel 7 genannten Güter ab dem Hafen oder Flughafen bis zum Ort der Verwendung in Äthiopien.

2. Die österreichische Regierung garantiert, daß für jedes Kraftfahrzeug im Sinne dieses Abkommens zumindest eine Haftpflichtversicherung besteht.

Artikel 9

Finanzen & Ressourcen

1. Die österreichische Bundesregierung stellt Äthiopien finanzielle Mittel gemäß den nach Artikel 1 Absatz 2 zu vereinbarenden Bestimmungen und Bedingungen zur Verfügung.

2. Finanzielle Mittel, die von Österreich zum Zwecke der Entwicklungszusammenarbeit nach Äthiopien gebracht werden, unterliegen keinen Steuern, Gebühren, Steuerabzügen, Einbehaltungen oder Abgaben außer den üblichen Bankgebühren. In Äthiopien für diese Geldmittel eröffnete Bankkonten sind ausschließlich für die vereinbarten Entwicklungsmaßnahmen zu verwenden. Ist die Rückführung der auf dem Konto befindlichen Geldmittel nach Österreich erforderlich, so sind diese Beträge frei konvertierbar und in österreichische Schillinge oder eine andere konvertierbare Währung transferierbar.

3. Wann immer es im Rahmen eines Abkommens nach Artikel 1 Absatz 2 notwendig ist, den Wert einer anderen Währung zu ermitteln, ist dieser Wert nach dem jeweiligen Devisenmarktkurs zu berechnen.

V. Beilegung von Streitigkeiten

Artikel 10

Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden auf diplomatischem Wege beigelegt.

VI. Schlußbestimmungen

Artikel 11

1. Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach seiner Unterzeichnung in Kraft.

2. Das Abkommen bleibt während eines Zeitraumes von fünf Jahren in Kraft. Es wird jedes Jahr für ein weiteres Jahr stillschweigend verlängert, sofern es nicht von einer der beiden Vertragsparteien zumindest drei Monate vor Ablauf auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt wird.

3. Die Verantwortlichkeit der Vertragsparteien in bezug auf spezielle Programme und Projekte, die auf Grund von im Rahmen dieses Abkommens eingegangen Nebenabreden durchgeführt und vor Erhalt der in Absatz 2 dieses Artikels genannten Kündigung begonnen wurden, besteht weiterhin bis zum Abschluß dieser Programme und Projekte.

4. Mit dem Datum des Inkrafttretens dieses Abkommens sind die darin enthaltenen Bestimmungen auf alle äthiopisch-österreichischen Entwicklungsprogramme und -projekte in Äthiopien, einschließlich der laufenden Programme und Projekte anwendbar.

Geschehen in Wien, am 29. Mai 1996 in zwei Urschriften in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Österreichische Bundesregierung
Dr. Benita Ferrero-Waldner
Staatssekretärin
Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
Wien

Für die Regierung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien
Dr. Mulatu Teshome
Vizeminister
Ministry of Economic Development and Cooperation
Addis Abeba

AGREEMENT

BETWEEN THE AUSTRIAN FEDERAL GOVERNMENT AND THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL DEMOCRATIC REPUBLIC OF ETHIOPIA ON DEVELOPMENT COOPERATION

The Government of the Federal Democratic Republic of Ethiopia and the Austrian Federal Government,

Considering the benefit that would arise for both countries from closer cooperation in the promotion of technical, financial, economic, social, scientific and cultural development and,

Desiring to strengthen the friendly relations existing between the two countries,

Have agreed as follows:

I. General Provisions

Article 1

1. Within the framework of this Agreement, the Austrian Federal Government will support development programmes and projects in Ethiopia through concrete measures of development cooperation.

2. The measures of development cooperation shall be realized through subsidiary agreements to be concluded between the two sides. Subsidiary agreements shall adhere to this Agreement.

3. The areas of development cooperation include:

- (a) the assignment of Austrian experts;
- (b) the provision of materials and funds;
- (c) the support of training facilities and programmes for Ethiopian experts in Austria, in Ethiopia, or subject to subsidiary agreements in third countries;
- (d) the preparation and realization of feasibility studies as well as conducting research activities at mutually agreed sites;
- (e) the financial support of activities of Nongovernmental Development Organizations;
- (f) the financial support of commercial projects;
- (g) any other type of cooperation as may be agreed upon by the Contracting Parties for the promotion of financial, technical, economic, social, scientific or cultural development.

4. The guidelines and general conditions regarding the participation in training programmes in Austria will be notified to the Ethiopian side through diplomatic channels.

Article 2

The cooperation between the Federal Government of the Republic of Austria and the Government of Ethiopia shall be based on the respect of both parties for democratic principles, the rule of law and for the protection and promotion of human rights.

II. Provisions concerning Austrian experts

Article 3

Duties of experts

1. The tasks of experts within specific programmes and projects, where appropriate, shall be regulated within the framework of subsidiary agreement referred to in Article 1 paragraph 2.

2. Pursuant to the agreement referred to Article 1 paragraph 2 the Austrian side will conclude with Austrian experts contracts under Austrian law.

3. Within the framework of contracts mentioned in paragraph 2 of this Article the Austrian side undertakes to oblige the Austrian experts for the duration of their assignments in Ethiopia:

- (a) to abide by the laws of Ethiopia and, in particular, to refrain from political activities in connection with the internal affairs of Ethiopia;
- (b) not to pursue any gainful activity.

4. The Contracting Parties declare not to employ Austrian experts for any services other than those agreed upon.

5. Each side may at any time declare the assignment of an Austrian expert terminated if it deems the expert's activity incompatible with the requirements of his/her assignment. Before taking such decision, each side shall give the other side substantiated notification of the intended measure in writing through diplomatic channels.

Article 4

Obligations of the Government of Austria

In connection with the assignment of Austrian experts, the Austrian side shall provide the following:

- (1) payment of salaries and other emoluments, fringe benefits and social security contributions;
- (2) defrayment of travel expenses of the experts and their families from Austria to Ethiopia and back;
- (3) defrayment of forwarding charges for the personal effects and professional equipment, if any, of the Austrian experts and their families from Austria to Ethiopia and back;

- (4) defrayment of travel expenses for home leave of the experts and their families in accordance with their assignment contracts;
- (5) medical, including hospital and dental treatment of the Austrian experts and their families.

Article 5

Obligations of the Government of Ethiopia

The Ethiopian side undertakes to provide to the Austrian experts:

- (1) provision of or, if not possible, assistance in finding appropriate accommodation;
- (2) appropriate furnished office space;
- (3) necessary Ethiopian technical and auxiliary staff with a working knowledge of the English language;
- (4) transportation for official purposes within the country;
- (5) exemption from income taxes and other direct taxes on salaries and other remunerations;
- (6) exemption from payment of all taxes, customs duties and other charges on their and their families personal effects including one motor vehicle per family imported by them within six months of their first arrival in Ethiopia; such personal effects including a motor vehicle may be re-exported free of customs duties, taxes and other charges, or shall be subject to general customs regulations if disposed off locally to persons other than those entitled to similar exemptions;
- (7) prompt issuance of necessary entry and exit visas, and identity cards, to themselves and their families, and travel and work permits free of charge;
- (8) permission to open a non-resident transferable Birr-account;
- (9) arrangements for the registration of vehicles brought into Ethiopia for the personal use of the experts and their families, the issuance of national driver's licences for them or the use of international driver's licences as well as provision of licence plates for the vehicles in accordance with the regulations of the Ethiopian Road Transport Authority for projects executed under technical assistance programmes;
- (10) repatriation facilities for the experts and their families to Austria without delay at any time, particularly in cases of national or international conflicts or occurrences not foreseen and insurmountable.

Article 6

Liability of the Government of Ethiopia

1. The Government of Ethiopia shall:

- (1) Indemnify and hold harmless the Government of Austria, against any and all liability, suits, actions, demands, damages or fees with regard to death or injury of persons or damage or destruction of property or any other losses resulting from or connected with any act or omission by Austrian companies, organizations or experts in the course of the operations under this Agreement.
- (2) Hold harmless and indemnify, except in cases of willful misconduct, gross negligence or criminal conduct, the Austrian companies, organizations and experts as well as bear all risks and claims resulting from, occurring in the course of or otherwise connected with any operation under this Agreement, including words spoken or written in the course of the performance of their duties. Willful misconduct, gross negligence or criminal conduct under this paragraph shall be established by Ethiopian Courts.

2. In the event that the Government of Ethiopia meets any claim under paragraph (1) of this Article it shall be entitled to exercise and enforce any right of set-off, counterclaim, insurance, indemnity, contribution or guarantee to which the Government of Austria, the Austrian company, organization or expert may become entitled.

3. In the case of detention or arrest, for whatever reason, or institution of criminal proceedings against an Austrian expert or a member of the expert's family, the Ethiopian authorities concerned shall do their utmost for the speedy handling of the matter.

III. Materials and Equipment

Article 7

Materials, equipment and vehicles imported into Ethiopia for the purpose of implementing joint programmes and projects referred to in Article 1 paragraph 3, shall be exempt from all customs duties, charges, taxes and dues.

IV. Customs Clearance, Inland Transport and Insurance

Article 8

1. The Government of Austria undertakes to defray the costs of unloading, storing, reloading, forwarding and insuring against fires, third-party liability, theft, loss or damage in transit of the articles referred to in Article 7 from the port or airport to the place of use in Ethiopia.

2. The Government of Austria shall ensure that all the vehicles provided under this Agreement shall, at least, have third-party motor insurance.

Article 9

Finance & Resources

1. Financial resources shall be made available by the Austrian Federal Government to Ethiopia on terms and conditions to be agreed upon pursuant to Article 1 paragraph 2.

2. Financial resources brought into Ethiopia by Austria for development cooperation purposes shall not be subject to any taxes, duties, deductions, withholdings or charges, other than normal bank charges. Bank accounts opened in Ethiopia for such resources shall be used exclusively for development purposes as agreed upon. In case the balance on accounts need to be repatriated to Austria such accounts shall be freely convertible and transferable into Austrian Shilling or any other convertible currency.

3. Whenever it shall be necessary, for the purpose of any agreement referred to in Article 1 paragraph 2 to determine the value of any other currency, such value shall be determined on the basis of the current market exchange rate.

V. Settlement of disputes

Article 10

Any dispute concerning the interpretation or application of this Agreement shall be settled through diplomatic channels.

VI. Final Provisions

Article 11

1. The present Agreement shall enter into force on the first day of the third month following its signature.

2. The period of validity of the present agreement shall be five years. The agreement shall be tacitly extended for successive periods of one year unless written notice is given through diplomatic channels by one of the Contracting Parties at least three months prior to the date of expiry.

3. The responsibilities of the Contracting Parties with regard to specific programmes and projects carried out by virtue of subsidiary agreements entered into pursuant to this Agreement and begun prior to the receipt of the notice of expiry referred to in paragraph 2 of this Article shall continue until completion of such programmes and projects.

4. From the day of entry into force of the present Agreement, its provisions shall be applicable to all Ethiopian-Austrian development programmes and projects in Ethiopia including those already under way.

Done at Vienna on May 29th 1996 in two originals in the German and English languages, both texts being equally authoritative. In case of divergence the English version shall prevail.

For the Austrian Federal Government
Dr. Benita Ferrero-Waldner
Minister of State
Ministry for Foreign Affairs

Vienna

For the Government of the Federal Democratic Republic of Ethiopia
Dr. Mulatu Teshome
Vice Minister
Ministry of Economic Development and Cooperation

Addis Abeba

Das Abkommen ist gemäß seinem Art. 11 Abs. 1 mit 1. August 1996 in Kraft getreten.

Vranitzky